

zit. nach SWB, 5.5.84) -lou-

## BINNENWIRTSCHAFT

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(34)

### Neue Entscheidungsbefugnisse für Staatsbetriebe

Am 10.5.1984 verkündete der Staatsrat Provisorische Regelungen zur Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse der staatseigenen Betriebe. Die Vervollkommnung des Besteuerungssystems, das an die Stelle der Ablieferung der Gewinne an den Staat getreten sei, habe wirkungsvoll die Frage der Verteilung zwischen dem Staat und den Unternehmen geregelt. Um die Initiative der Betriebe weiter zu fördern und die Wirtschaft voranzubringen, erließ der Staatsrat die folgenden Regelungen:

(1) Produktions- und Betriebsverwaltungspläne: Unter der Bedingung, daß die Staatspläne und die Verträge über die Lieferung von Waren erfüllt sind, können die Betriebe selbst Vorkehrungen treffen, um die vom Staat und vom Markt benötigte Produktion auszuweiten. Bei der Durchführung der staatlichen Pläne haben die Betriebe das Recht, sich an die betreffenden Abteilungen zu wenden, um die Pläne ändern zu lassen, falls es wesentliche Änderungen bei Angebot und Nachfrage gibt.

(2) Verkäufe: Wenn nicht besonders vom Staat verboten, können die Betriebe selbst die Produkte verkaufen, die sie über die Normanforderung hinaus zurückbehalten. Ferner können neue Produkte von den Betrieben selbst verkauft werden, die auf Versuchsbasis hergestellt worden sind, sowie Produkte, die nicht den Beschaffungsabteilungen unterstehen, und Produkte, die als Lagervorräte vorhanden sind.

Für Betriebe, die wichtige Produkte verkaufen, welche unter den einheitlichen Staatsplan fallen, werden die folgenden Regelungen erlassen:

Walzstahl: Die Betriebe können selbst 2% derjenigen Produkte verkaufen, die zur Quote des Staatsplanes gehören, sowie alle Produkte, die über die staatlichen Quoten hinaus produziert werden. Roheisen, Kupfer, Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Kohle, Zement, Schwefelsäure, konzentrierte Salpetersäure, Ätznatron, Sodaasche und Gummi: hier dürfen die Betriebe selbst nicht jene Produkte verkaufen, die unter die Staatsquote fallen, doch alle jene Produkte,

die über den Staatsplan hinaus produziert werden. Elektromaschinenprodukte: Produkte, die mit Materialien hergestellt werden, die vom Staat bereitgestellt worden sind, sollen auch nur vom Staat verteilt werden; der Rest kann von den Unternehmen selbst verkauft werden.

Die Unternehmen müssen separat über die Produkte Buch führen, die sie selbst verkaufen, und dafür entsprechend Steuern zahlen. Des weiteren müssen sie strikt die staatliche Preispolitik beachten sowie finanzielle und wirtschaftliche Disziplin halten.

(3) Preise: Die Betriebe haben das Recht, die Preise jener industriellen Produktionsmittel selbst festzusetzen, die die Betriebe selbst verkaufen können oder die über den Staatsplan hinausgehen. Die von den Betrieben festgesetzten Preise dürfen jedoch nicht mehr als 20% von den Standardpreisen abweichen. Die Betriebe können auch mit ihren Käufern Preise innerhalb festgesetzter Grenzen aushandeln. Bezüglich der Konsumgüter und landwirtschaftlicher Produktionsmittel müssen sich die Betriebe an die vom Staat festgesetzten Preise halten, einschließlich derjenigen Preise, die innerhalb einer vom Staat festgesetzten Marge fluktuieren können. Ausgehandelt werden können die Preise jedoch für jene Produkte, die über den Staatsplan hinaus hergestellt werden und die die Betriebe selbst verkaufen.

(4) Auswahl und Ankauf von Gütern und Materialien: Bei der Vergabe von Aufträgen haben die Unternehmen das Recht, Lieferanten von Gütern und Materialien, die unter den einheitlichen Staatsplänen verteilt werden, auszuwählen. Die für die Vergabe von Aufträgen verantwortlichen Abteilungen sollten die Bedürfnisse der produzierenden Unternehmen beachten und ausgeglichene, rationale Vorkehrungen bezüglich der Ressourcen und der Transportbedingungen treffen. Die Betriebe können mit den Liefereinheiten Verträge über Direktlieferungen und den Ausgleich der Konten abschließen.

(5) Die Verwendung von Fonds: Die Betriebe können die einbehaltenen Fonds in Übereinstimmung mit der Relation aufteilen, die von den verantwortlichen Abteilungen aufgestellt wird, und einen Produktionsentwicklungsfonds, einen Entwicklungsfonds für neue Produkte, einen Reservefonds, einen Wohlfahrtsfonds für die Arbeiter und einen Bonusfonds errichten; sie haben das Allokations- und Benutzungsrecht für solche Fonds. Der Produktionsentwicklungsfonds,

der Entwicklungsfonds für neue Produkte und der Reservefonds können mit dem Abschreibungsfonds und dem Überholungsfonds zur rationalen Verwendung unter einem einheitlichen Plan zusammengefaßt werden. Von 1985 an sollen alle Betriebe 70% des Abschreibungsfonds einbehalten, während die verantwortlichen Abteilungen, die Provinzen, die Autonomen Regionen oder regierungsunmittelbaren Städte die restlichen 30% kontrollieren. In dieser Hinsicht werden noch Sonderregelungen separat erlassen werden.

Betriebe, die keine unmittelbare Verwendung für den Produktionsentwicklungsfonds haben, können das Geld in Form eines Joint Venture, einer Gemeinschaftsproduktion oder in Form des Kompensationshandels in Übereinstimmung mit dem Prinzip der freiwilligen Beteiligung und des gegenseitigen Nutzens investieren, so daß der Fonds feiner guten Verwendung zugeführt werden kann. Die Betriebe haben das Recht, technologische Umwandlungsprojekte durchzuführen. Sonderregelungen werden von den Provinzen, Autonomen Regionen oder regierungsunmittelbaren Städten im Geiste der weiteren Delegation der Verwaltungsautorität hin zu den unteren Ebenen erlassen werden.

(6) Verwendung von Anlagevermögen: Staatseigene Betriebe haben das Recht, ihre überschüssigen oder nicht verwendeten Anlagen zu vermieten oder zu transferieren im Austausch für Kompensationsleistungen. Wenn sie jedoch Ausrüstungen mit Hochtechnologie, die der Verwaltung der Abteilungen der höheren Ebene unterstehen, vermieten oder transferieren, müssen sie eine entsprechende Genehmigung einholen. Die auf diese Weise erzielten Gewinne müssen für die technische Umgestaltung und die Ersetzung alter Ausrüstungen eingesetzt werden.

(7) Organisationsstruktur: In Übereinstimmung mit den Charakteristika der Produktion und der praktischen Erfordernisse haben die staatseigenen Betriebe das Recht, über ihre eigene Organisationsstruktur und Personalzuweisung zu entscheiden, vorausgesetzt, daß sie nicht die von der zuständigen Abteilung festgesetzte Anzahl der Arbeiter überschreiten. In Übereinstimmung mit den Arbeitserfordernissen kann die betreffende Abteilung Anforderungen an andere Unternehmungen stellen, kann jedoch nicht das Unternehmen zwingen, ein Verbindungsbüro zu errichten, das die Arbeit mit der Abteilung koordiniert oder die Personalzuweisung festsetzt.



(8) Personalverwaltung: Der Fabrikdirektor (Manager) und der Sekretär des Parteikomitees der Fabrik werden von der zuständigen Abteilung der höheren Ebene ernannt. Stellvertretende Verwaltungsleiter auf der Ebene der Fabrik werden vom Fabrikdirektor nominiert, und die Nominierungen werden der zuständigen Abteilung zur Genehmigung vorgelegt. Andere mittlere Verwaltungspositionen in der Fabrik werden vom Fabrikdirektor besetzt. Staatseigene Betriebe haben das Recht, Techniker und Verwaltungspersonal von anderen Einheiten und aus anderen Gegenden in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen anzustellen und die Besoldung dieses Personals festzulegen. In Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten haben die staats-eigenen Betriebe das Recht, Kader aus den Reihen der Arbeiter auszuwählen. Während ihrer Amtszeit erhalten diese Kader die gleiche Bezahlung und andere Leistungen wie andere Kader auf der gleichen Ebene. Sie bleiben Arbeiter, wenn ihre Amtszeit endet, aber dann erhalten sie nicht mehr die Bezahlung eines Kadern. Der Fabrikdirektor hat das Recht, Arbeiter und Angestellte zu belohnen oder zu bestrafen, sie zu befördern oder zu entlassen. In Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Produktion und den Charakteristika des Gewerbes haben die staatseigenen Betriebe das Recht, Arbeiter unter Leitung der Arbeitsabteilungen offen einzustellen. Die qualifizierten Leute werden durch Examen ausgewählt. Staatseigene Betriebe haben das Recht, jeder Abteilung oder jedem Individuum zu widerstehen, die versuchen sollten, ihnen Personal unter Verletzung der staatlichen Vorschriften zuzuweisen.

(9) Löhne und Boni: Die staats-eigenen Betriebe können ihr eigenes Lohnsystem in Übereinstimmung mit ihren Charakteristika festsetzen, vorausgesetzt, daß sie die Lohnstandards und Lohnklassifikationen entsprechend der Ebene unter den einheitlichen staatlichen Vorschriften ausführen und das Subventionssystem unter den einheitlichen Staatsplänen. Der Fabrikdirektor hat das Recht, Angestellte und Arbeiter zu fördern, die besondere Leistungen für die Fabrik erbringen. Die jährlichen Förderungsleistungen können von gegenwärtig 1% auf 3% erhöht werden. Die diesbezüglichen Ausgaben können in die Produktionskosten aufgenommen werden. Die staatseigenen Unternehmen haben das Recht, die Bonus-Fonds aufzuteilen, die sie einbehalten.

(10) Gemeinsam betriebene Geschäfte: Je nach Eigentumsform bleiben die konsekutiven Subordinationsbe-

ziehungen und das Finanzsystem unverändert. Staatseigene Betriebe haben das Recht, über die Abteilungen und Regionen hinausgehende gemeinsame Geschäftsunternehmen zu organisieren oder daran teilzunehmen und Gemeinschaftsproduktionen zu organisieren oder durch wohlüberlegte Wahlentscheidungen die Produktion anzuheben. (Xinhua, 11.5.84, zit. nach SWB, 19.5.84) -lou-

\*(35)

#### Ma Hong fordert höhere Industriegewinne und -steuern

In einem Artikel in der Volkszeitung vom 7.5.1984 fordert Ma Hong, Präsident der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, daß die Zunahme der Gewinne und Steuern, die von Industrieunternehmen an den Staat gezahlt werden, mit der gleichen oder sogar einer höheren Rate wachsen sollen wie der Produktionswert. Die Tatsache, daß die Zuwachsraten für Gewinne und Steuern geringer als jene der Produktionswerte lägen, habe die Zuwächse bei den Staatseinnahmen in den letzten Jahren vermindert und Engpässe bei den Fonds für die Errichtung neuer Schlüsselprojekte und die Modernisierung von Unternehmen gebildet.

Im Jahre 1983 habe der Bruttoproduktionswert wichtiger staatlicher Industriebetriebe 9,3% über dem Vorjahr gelegen, während die an den Staat überwiesenen Gewinne und Steuern nur 6,3% gewachsen seien. Das gleichmäßige Wachstum der Gewinnraten einerseits und der Produktionswerte auf der anderen Seite sei möglich. Viele Industriebetriebe arbeiteten unter Kapazität, indem sie nur 50 bis 60% ihrer Ausrüstungen in Betrieb hätten. Durch die Anhebung der Nutzungsrate der Einrichtungen und die Übernahme fortgeschrittener Technologie zur Energie- und Rohstoffeinsparung könnten die Betriebe und Zechen die Produktionskosten reduzieren und entsprechend die Gewinne erhöhen. Viele der Unternehmen verwendeten mehr Umlaufmittel als nötig, und die Umschlagperiode sei zu lang. 1965 betrug die Umschlagperiode 75 Tage, während es 1982 schon 112 Tage waren.

Das gegenwärtige Produktionsniveau könne in vielen Betrieben erhöht werden, ohne die Zahl der Arbeitskräfte anzuheben oder ohne Überstunden der Arbeiter. Doch dies könne nur erreicht werden, wenn die Arbeiter während der Arbeitszeit auch richtig arbeiteten. Ma Hong schlug einige Maßnahmen vor, um die Gewinne und Steuern anzuheben:

- Verbesserung der Betriebsverwaltung, Förderung technologischer

Fortschritte und die Einführung wissenschaftlicher Managementmethoden;

- die Rationalisierung des Produktionsortimentes und der Verflechtungsstruktur; die Schließung kleiner und rückständiger Betriebe, die die Entwicklung der Großen fortgeschrittenen hemmen;

- die Kontrolle der Preise gewisser Produktionsmittel;

- die Produktion nur solcher Produkte, die auch abgesetzt werden können, und nicht solcher Produkte, die unverkäuflich oder veraltet sind.

(RMRB, 7.5.84) -lou-

\*(36)

#### Hausbau soll kommerzialisiert werden

In einem Gespräch, das Deng Xiaoping bereits am 5. April 1980 mit anderen chinesischen Führern hatte, forderte er, daß der Haus- und Wohnungsbau in eine gewinnbringende Industrie umgewandelt werden müsse, die zu den Staatseinnahmen beitragen könne. Das damalige Gespräch wurde in der Volkszeitung vom 15.5.1984 wiedergegeben.

Der Bevölkerung in den städtischen Gebieten solle es erlaubt sein, Häuser zu bauen oder zu kaufen; der Kaufpreis könne in einer Summe oder über eine Periode von 10 bis 15 Jahren bezahlt werden. Nach Einführung der neuen Maßnahmen sollten die Mieten in der Weise geändert werden, daß sie die Kosten des Hausbaues widerspiegeln. Auf diese Weise könnten die Menschen zu der Überzeugung kommen, daß es sich lohne, Häuser zu kaufen, anstatt sie zu mieten. Arbeiter mit niedrigem Einkommen sollten Subventionen erhalten. Die Mieten sollten je nach den Bedingungen unterschiedlich sein, abhängig von der Lage in städtischen Zentren oder entfernteren Gebieten sowie danach, ob es an den Orten angemessene Transporteinrichtungen gebe. Deng rief auch dazu auf, von der traditionellen einstöckigen Bauweise in den ländlichen Gebieten abzugehen und zwei- oder mehrstöckige Häuser zu bauen, um Land zu sparen. Gegenwärtig werden die meisten Häuser noch immer von Wohnungsämtern oder Arbeitseinheiten gebaut und nur zu Nominalrenten vermietet.

In den Städten Changzhou, Zhengzhou, Shashi und Siping wurden die von Deng vorgeschlagenen Maßnahmen bereits in die Tat umgesetzt. Von 1982 bis Ende Februar 1984 waren in diesen vier Städten 1.797 Hauseinheiten mit einer Gesamtfläche von 93.600 qm verkauft worden. Wie es heißt, sei die Nachfrage nach Eigentümshäusern groß. (RMRB, 15.5.1984; Xinhua, 10.4.1984, zitiert nach SWB,



14.4.1984) -lou-

\*(37)

**Über die Entwicklung ländlicher Gemeindezentren in Shanghai**

Durch die ländliche Industrialisierung sind in den zehn Kreisen der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai 540 Gemeindezentren (jizhen) entstanden. Normalerweise ist ein Gemeindezentrum oder ein Marktstädtchen das Hauptquartier einer Volkskommune oder einer staatlichen Farm. Die jizhen dienen als politische, ökonomische, kulturelle und Handelszentren eines ländlichen Gemeinwesens. Nach einem Bericht der Shanghai Akademie der Sozialwissenschaften werden unter jizhen auch Städte, die der Regierungsgewalt eines Kreises unterstehen, sowie Dörfer mit wirtschaftlicher Bedeutung klassifiziert.

Der Bericht der Shanghai Akademie zitiert für den Bereich Shanghai die folgenden Fakten, die die Wichtigkeit der jizhen unterstreichen: Es gibt dort 6.500 Fabriken, die von ländlichen Kollektiven gegründet worden sind. Sie beschäftigen 900.000 Menschen, etwa ein Drittel der überschüssigen ländlichen Arbeitskraft. Der Bruttoproduktionswert dieser Fabriken macht zwei Drittel des gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes der zehn Kreise aus. Größere Gemeindezentren haben Kinos, Kulturzentren, Primar- und Mittelschulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Hospitäler sowie agrowissenschaftliche Stationen, die dafür verantwortlich sind, neue landwirtschaftliche Methoden zu verbreiten und Saatgut von hoher Qualität zu verteilen.

In den jizhens gibt es 5.300 Läden, die den Einzelhandel im Umfange von jährlich 4 Mrd. Yuan abwickeln, während die Ankäufe von landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsprodukten sich auf 2 Mrd. Yuan belaufen. In jedem Zentrum gibt es etwa 1.500 bis 2.000 Einwohner. Während des Tages arbeiten aber insgesamt 5.000 Leute dort; die restlichen Arbeiter sind sogenannte "Bauernarbeiter", die in den umliegenden Dörfern wohnen. (XNA, 18.5.1984) -lou-

\*(38)

**Über die Wirtschaftsentwicklung in den Minderheitsgebieten**

Die Volksrepublik hat 55 Minderheitsnationalitäten, wovon die meisten in den 116 nationalen autonomen Gebieten leben, darunter fünf autonome Regionen, 31 Präfekturen und 80 Kreise. Das Gesamtgebiet beläuft sich auf 6,1 Mio. qkm oder mehr als 60% des Gesamtterri-

toriums der Volksrepublik. In diesen autonomen Gebieten lebt eine Gesamtbevölkerung von 120 Mio., darunter 50 Mio. Angehörige ethnischer Minderheiten.

Zwischen 1949 und 1982 stieg der industrielle und landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert in den Minderheitsgebieten 11,4mal, die Getreideproduktion stieg 3,2mal und die Zahl der Zugtiere 4,4mal.

In der autonomen Region Xinjiang, die eine Bevölkerung von 13 Mio. hat, erreichte die Getreideernte 4,5 Mio. t im Jahre 1983, wodurch die Region Selbstversorger bei Nahrungsmittelgetreide wurde. Nach Angaben der zentralen Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten haben sich die Lebensbedingungen in den Minderheitsgebieten während der letzten Jahre wesentlich verbessert. In Xinjiang, Qinghai und der Inneren Mongolei wurden stets mehr Traktoren, Motorräder, Farbfernseheräte und Teppiche gekauft. Die Menschen im autonomen Kreis Huzhu der Tu-Nationalität im Nordwesten der Provinz Qinghai kauften in den letzten zwei Jahren 3.000 Handtraktoren und Pferdekarren. Im autonomen Kreis Ninglang für die Yi-Nationalität im Südwesten der Provinz Yunnan konnte das Einkommen aus der Landwirtschaft in vier Jahren verdoppelt werden. Das Pro-Kopf-Einkommen der Yi-, Naxi- und Lisu-Nationalitäten nahm von 68 Yuan im Jahre 1978 auf 134 Yuan im Jahre 1982 zu.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der Minderheitengebiete zu fördern, hat der Staat ihnen im Zeitraum zwischen 1950 bis 1982 insgesamt 77,7 Mrd. Yuan für den Investbau zukommen lassen. Die autonome Region Ningxia erhielt beispielsweise 4,6 Mrd. Yuan in den 26 Jahren seit ihrer Gründung von den Zentralbehörden, das waren 56,6% der Bruttoeinnahmen.

Zwischen 1980 und 1982 haben Beijing, Tianjin, Shanghai, Hebei, Jiangsu und Sichuan 1.178 Projekte gestartet, um den Minderheitsgebieten zu helfen. Ningxia allein schloß mehr als 400 Projekte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Shanghai und Jiangsu ab.

Im Jahre 1983 überwies die Zentralregierung den Minderheitsgebieten insgesamt 5,6639 Mrd. Yuan als Finanzsubventionen. Nach einer Vereinbarung aus dem Jahre 1980 erhöhte der Staat die Subventionen mit einer Jahresrate von 10%, um die finanziellen Defizite der Inneren Mongolei, von Xingjiang, Tibet, Guangxi und Ningxia sowie die von Yunnan, Guizhou und Qinghai auszugleichen. 1980 wurden vom Staat 4,4143 Mrd. Yuan gezahlt. In

derselben Periode wuchs der Anteil der Inneren Mongolei von 1,1682 Mrd. auf 1,52599 Mrd. Yuan, der Anteil Xinjiangs von 895,41 Mio. auf 1,12378 Mrd. Yuan und derjenige von Tibet von 496,09 Mio. auf 639,52 Mio. Yuan.

Zwischen 1979 und 1982 stellte der Staat insgesamt 1,2 Mrd. Yuan für die Grenzregionen als Subventionen für den Investbau zur Verfügung. Mehr als 70% dieser Mittel waren für die Minoritäten-Gegenden bestimmt.

Insgesamt 2 Mrd. Yuan wurden zwischen 1980 und 1983 zugeteilt, um die Wirtschaftsentwicklung der Minoritäten-Gegenden und anderer entlegener Gebiete zu beschleunigen. Die Minoritäten-Gebiete erhielten zwei Drittel dieser Entwicklungsfonds.

Die Minoritäten-Gegenden genießen auch Vorzugsbehandlung beim Handel, und zwar mittels der Betriebsmittelfonds sowie der einbehaltenen Gewinne und der Preise. Der Staat setzt z.B. Höchst- und Niedrig-Preise fest und trägt jeweils die Differenzen. Außerdem werden den Autonomen Regionen Steuerkürzungen und -befreiungen gewährt. Der Steuersatz auf Tee, der an die Minderheitsgebiete verkauft wird, wurde von 20% auf 15% herabgesetzt. (XNA, 23.5.84) -lou-

\*(39)

**Bauern und Wissenschaftler gründen Technologieentwicklungsgesellschaft**

Anfang Mai 1984 wurde in der Provinz Anhui gemeinsam von Bauern und Wissenschaftlern eine Technologieentwicklungsgesellschaft gegründet. Die Mingguang-Gesellschaft wurde mit Beiträgen von Bauern finanziert; eine Gruppe von Wissenschaftlern agiert als der Braintrust der Gesellschaft. Bislang wurden 300.000 Yuan durch den Verkauf von Anteilsscheinen in Höhe von 100 Yuan aufgebracht. Die bäuerlichen Käufer stammen hauptsächlich aus Anhui und der Nachbarprovinz Jiangsu. Wie Professor Wen Yuankai, ein Chemiker, in Beijing mitteilte, seien auch Menschen aus anderen Gewerbebranchen und allen Teilen Chinas eingeladen, Anteilseigner der Gesellschaft zu werden. Bislang wird die Technologieentwicklung und die technische Forschung in der Volksrepublik fast ausschließlich durch Regierungsinstitutionen betrieben. Wie Professor Wen mitteilte, sei es das Ziel der Gesellschaft, wissenschaftliche Ergebnisse so schnell wie möglich in die Praxis umzusetzen, ohne auch nur einen Yuan von der Regierung zu fordern.



Neben technischen Beratungsleistungen wird die Gesellschaft sich auch mit dem Transfer und dem Leasing von Technologie befassen, mit technischer Ausbildung und dem Verkauf von Waren, die moderne Produktionstechniken erfordern. Es wird nur in solche Projekte investiert, die Waren mit guten Absatzchancen herstellen.

Ca.15% der ländlichen Haushalte der Provinz Anhui widmen nun die meiste oder einen großen Teil ihrer Arbeit der Warenproduktion. Familien mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Yuan sind nicht länger die Ausnahme im südlichen Teil der Provinz Jiangsu, wo Bauern, die ganztägig in Kollektivfabriken arbeiten, 70% der Arbeitskräfte ausmachen. Die neue Gesellschaft wird auf der Basis von Zusammenarbeit betrieben werden und unabhängige Entscheidungen über wichtige Fragen, wie z.B. die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten und die Verwendung der Gewinne nach Steuern, treffen.

Professor Wen hatte mit der Unterstützung des stellvertretenden Premierministers Wan Li ein neues Lehr- und Forschungssystem in seiner Sektion berichtet, nach dem die Fakultätsmitglieder an Beratungs- und Entwicklungsprojekten mit anderen Einheiten teilnehmen können, unter der Voraussetzung, daß sie ihre ihnen aufgegebenen Lehrverpflichtungen erfüllen. (XNA, 23.5.84) -lou-

## TAIWAN

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(40)

### Starke Zunahme der Exportüberschüsse und Devisenreserven zwang zur weiteren Liberalisierung der Importe

Vom Januar bis April wurde aus Taiwan eine unverminderte Expansion der Exporte sowie der ausländischen Investitionen gemeldet. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres stiegen die Exporte Taiwans in den ersten vier Monaten d.J. mit einem Volumen im Wert von 9.320,3 Mio.US\$ um 31,2%, während die Importe mit einem Volumen im Wert von 6.738 Mio. US\$ relativ gemäßigt um 12,9% zunahmen. Dabei ergab sich ein Exportüberschuß von 2.582,3 Mio. US\$. Allein im Handel mit den USA als größtem Absatzmarkt Taiwans für Exportwaren erlangte die Insel in dem genannten Zeitraum Aktiva von 2.849,2 Mio. US\$; das bedeutet eine Steigerung von 1.268,7 Mio. US\$ gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres.

Infolge des Exportbooms sind die

ausländischen Investitionen in den ersten vier Monaten ebenfalls steil angestiegen. Insgesamt hat das Wirtschaftsministerium von Januar bis April Investitionen aus dem Ausland in Höhe von 146,62 Mio. US\$ genehmigt, wobei eine Zuwachsrate von 164,89% verzeichnet wurde. 32,94% der Investitionen von Ausländern bzw. Auslandschinesen entfielen auf die Herstellung elektronischer und elektrischer Geräte, 20,56% auf den Maschinen- und Instrumentenbau sowie 12,97% auf die Produktion von Gummi- und Kunststoffwaren. (ZYRB, 10.5.84)

Die Devisenreserven Taiwans wurden im Mai auf 15 Mrd. US\$ geschätzt. Neben dem Zufluß aus dem Exportüberschuß hat die Zentralbank der Insel zur Verhinderung einer unerwünschten Aufwertung der einheimischen Währung NT\$ seit April auch eine große Menge von US\$ auf dem Finanzmarkt gekauft. (LHB, 11.5.84)

Da der immer weiter steigende Exportüberschuß und die dadurch bewirkte Devisenüberschwemmung die Preisstabilität gefährden können, und da immer mehr Industriestaaten Taiwans Protektionismus gegen die Einfuhr ausländischer Waren bemängeln, plant das Finanzministerium in Taipei innerhalb von fünf Jahren die Zolltarife allgemein herabzusetzen. Das Ziel ist, die Höchstgrenze von 100 auf 60 Prozent zu reduzieren. Die Tarife für die wichtigen Importwaren sollen in Zukunft zwischen 15 und 30 Prozent liegen (LHB, 14.5.84). Im Juni wird eine Delegation nach Europa gesandt, um zu untersuchen, wie die Einfuhr europäischer Güter erleichtert werden kann.

Die europäischen Länder haben Taiwan aufgefordert, die Zolltarife für über 260 Positionen von Waren aus Europa zu ermäßigen. 60 davon werden z.Z. vom Ministerium in Erwägung gezogen (LHB, 28.5.84). -ni-

\*(41)

### Hohes Wirtschaftswachstum im ersten Quartal

In den ersten drei Monaten dieses Jahres erreichte das Bruttosozialprodukt (BSP) in Taiwan nach Angaben des Amtes für Budget und Statistiken des Exekutiv Yuan eine Höhe im Wert von 528,4 Mrd. NT\$ (40 NT\$=1 US\$). Gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 wurde nominal eine Wachstumsrate von 12,69% und real von 12,32% verzeichnet. Das ist das höchste Wachstum eines Quartals seit der zweiten Energiekrise. Für das zweite Quartal dieses Jahres erwartet das Amt eine weitere hohe Zuwachsrate von 10,82%. Ferner wies es darauf hin,

daß sich die privaten Investitionen mit einer realen Zunahme von 13,08% in den ersten drei Monaten sowie mit einer geschätzten Steigerung von 15,10% im zweiten Quartal deutlich verbessert hat. Auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich nach offiziellen Angaben ebenfalls eine Verbesserung. Im März d.J. hatten 7.214.000 der 7.369.000 Erwerbsfähigen einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote belief sich auf nur 2,09%, das war der niedrigste Stand seit Juni 1982. Nach Branchen betrachtet hat die Industrie mit einer Zuwachsrate von 8,4% die meisten Arbeitsplätze geschaffen. Auch bei den Dienstleistungen ist die Beschäftigungsquote im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um 4,41% gestiegen. (ZYRB, 17.5.84) -ni-

\*(42)

### Zinsen so niedrig wie noch nie

Am 9.Mai wurden die Zinssätze in Taiwan allgemein um 0,25% herabgesetzt und haben damit den tiefsten Punkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht. Der Diskontsatz sank von 7,25% auf 7%. Die neuen Zinssätze für mittelfristige und langfristige Bankkredite liegen bei 8,75 bis 10,75% (9-11%) und für kurzfristige bei 8,25 bis 10% (8,5-10,25%). Die Sparer bekommen für ihre auf drei Jahre festgelegten Gelder 8,75% (9%) und für die auf ein Jahr festgelegten Guthaben 8,25% (8,5%) Zinsen.

Die jetzt erfolgte Zinsänderung war zwar geringfügig, aber doch nicht ohne Überraschung. Denn in der Zeit von August 1981 bis März 1983, als die Konjunktur noch schwach war, wurden die Zinssätze auf der Insel bereits neunmal nach unten korrigiert. Zur Zeit befindet sich die Wirtschaft aber in einem Aufschwung, und der Außenhandel wies von Monat zu Monat einen zunehmenden Exportüberschuß auf. Darüber hinaus geht der internationale Zinstrend eher nach oben. Der Hauptgrund für die neue Zinsherabsetzung war das große Geldangebot auf dem Finanzmarkt. Im vergangenen Jahr hat das Depositenvolumen der Geldinstitute um 27,52% zugenommen, während die Steigerungsrate der Bankkredite nur 15,59% betrug. Auch im ersten Quartal d.J. hat sich die Schere zwischen den Depositeneinnahmen und den Kreditausgaben der Geldinstitute eher erweitert als verengt. Allein in der zweiten Hälfte des Monats April ist der Überhang an Depositengeldern von 9,9 Mrd. NT\$ auf 13,7 Mrd. NT\$ gestiegen. Dies schaffte den Banken eine enorme Belastung. Durch die Zinssenkung hofft man, das Sparinteresse der Bevölkerung dämpfen und gleichzeitig das Investitionsinteresse der Unternehmer erhöhen zu